

UN Menschenrechtsrat untersucht Philippinen

Im Rahmen des *Universal Periodic Review* (UPR) – Mechanismus hat der UN Menschenrechtsrat im April 2008 die Menschenrechtssituation in den Philippinen untersucht.

NGO-Beobachter haben die philippinische Regierung aufgrund des anhaltenden Klimas der Rechtlosigkeit, sowie mehreren Hundert unaufgeklärten politischen Morden und Entführungen Untätigkeit vorgeworfen. Der Bericht der philippinischen Regierung in Genf wurde hingegen von vielen Staaten mit Applaus bedacht. In dem interaktiven Dialog sprachen von 47 kommentierenden Staatenvertretern nur 17 die politischen Morde an.

Der vorangegangene Regierungsbericht hatte die Morde, sowie Vorwürfe der Verwicklung von Polizei- und Militärkräften fast vollständig ausgeklammert.

Die philippinische Menschenrechtsorganisation *Philippine Alliance of Human Rights Advocates* (PAHRA) weist dennoch darauf hin, dass in Folge der UPR die Regierung dem Senat das *Optional Protocol on the Convention Against Torture* (OPCAT) zur Ratifizierung vorgelegt hat. Die Verabschiedung dieser Konvention wird seit vielen Jahren von Menschenrechtsorganisationen in den Philippinen gefordert. Angesichts des Klimas der Straflosigkeit in den Philippinen ist es jedoch fraglich, ob OPCAT nach ihrem Inkrafttreten auch tatsächlich umgesetzt werden wird, so PAHRA.

vgl. PAHRA 27.4.08, GMANews 12.4.08, PDI 13.4.08

Friedensgespräche mit MILF, MNLF und NDFP

Die philippinische Regierung führt seit Jahren Friedensgespräche mit verschiedenen Parteien.

Ein möglicher Friedensvertrag mit der *Moro Islamic Liberation Front* (MILF) bis Ende 2008 scheint aktuell jedoch in weite Ferne gerückt zu sein. Die MILF zeigt sich zunehmend frustriert über die Stagnation der Friedensgespräche und wirft der Regierung vor, diese absichtlich zu verzögern. Die Regierung besteht darauf, dass die Gebiete die ein möglicher muslimischer Staat (*Bangsamoro Juridical Entity*) umfassen soll, verfassungskonform, also durch Volksentscheide festgelegt werden sollen. Die MILF will diese Gebiete schon vorher festlegen. Aufgrund der stockenden Friedensverhandlungen hat Malaysia sein Mandat als internationale Friedensbeobachter im *International Monitoring Team* (IMT) über August diesen Jahres hinaus nicht verlängert und mit einem Abzug ihres Personals begonnen. Nur Tage nach dem Abzug kam es auf Basilan zu Scharmützeln zwischen MILF-Truppen und philippinischer Armee, die sich gegenseitig der Verletzung des Waffenstillstandsabkommens beschuldigen.

Die *Moro National Liberation Front* (MNLF) hingegen wartet auf Gespräche mit der Regierung über die vollständige Umsetzung des Friedensabkommens von 1996. Diese sollten am 26. Mai unter Vermittlung der *Organisation of Islamic Conference* (OIC) in Davao City stattfinden, wurden aber von der OIC mit der Begründung verschoben, dass die MNLF zunächst ihre Zersplitterungen in der Führungsriege beseitigen müsse. Als erster Schritt in die richtige Richtung wird dabei das neu gegründete Komitee TLUC (*Transition Leadership and Unification Committee*) gesehen, das in Zukunft die einzige legitime Vertretung der MNLF sein soll. Mitglieder des TLUC sollen unter anderem Nur Misuari und der neu gewählte Führer der MNLF Muslimin Sema sein.

Nur Misuari hat sich allerdings bisher nicht zu dem TLUC geäußert.

Die Ernennung des ehemaligen Armeechefs Hermogenes Esperon zum Friedensberater der Präsidentin dürfte weiterhin einen schlechten Einfluss auf die Friedensgespräche haben. Sowohl die MILF als auch die *New Peoples Army* (NPA), der bewaffnete Arm der kommunistischen *National Democratic Front* (NDF), deren Ausrottung bis 2010 Esperon noch als Armeechef forderte, haben die Befürchtungen ausgesprochen, dass Esperon als bekannter Vertreter einer all-out-War Strategie kein Interesse an konstruktiven Gesprächen haben werde.

Die kommunistische NDF hat sich in Norwegen vom 13-15. Mai 2008 zu informellen Gesprächen mit Friedensgesandten der philippinischen Regierung getroffen. Dort forderten sie von Seiten der Regierung die Einhaltung von bereits erfolgten Vereinbarungen. Als Hindernisse für die Fortführung offizieller Friedensgespräche nannte der Verhandlungsführer der NDF, Luis Jaladoni, unter anderem die Aufführung der NPA und des Gründungsvorsitzenden der CPP, Jose Maria Sison, auf den Terrorlisten der USA und Europas und die Aufstandbekämpfungskampagne (*Oplan Bantay Laya*) des philippinischen Militärs. Im Zuge von *Oplan Bantay Laya* werden immer wieder massive Menschenrechtsverletzungen begangen.

vgl. Manila Bulletin 21.5.08, BW 19.5.08, MT 19.5.08, 21.5.08, Phil. Star 20.5.0, Davao Today 27.3.08, Mindanews 26.5.08

Reiskrise in den Philippinen

Durch die weltweite Lebensmittelkrise seit Anfang des Jahres 2008 ist es auf den Philippinen zu einer Reisknappheit gekommen. Aufgrund der steigenden Weltmarktpreise stieg der Preis pro Kilogramm Reis auf über 30 Peso und liegt somit deutlich über dem vom Staat subventionierten Ausgabepreis von 18,25 Peso. An den Ausgabestellen bilden sich täglich lange Schlangen. Im Gegensatz zu anderen Ländern blieben größere Proteste und Plünderungen allerdings aus.

Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo stellte im April fünf Milliarden Peso an zusätzlichen Geldern zur Verfügung, mit denen vor allem die Reisbäuerinnen und -bauern unterstützt werden sollen. Die Reissubventionen werden die philippinische Regierung im Jahr 2008 1,3 Milliarden US-Dollar kosten. Medienberichten zufolge werden in Regierungskreisen Subventionskürzungen diskutiert.

Die Philippinen produzieren laut *National Food Authority* (NFA) 90 Prozent ihres Verbrauchs selbst und sind dennoch als weltweit größter Reisimporteuer beson-

ders stark von den Weltmarktpreisen abhängig. Seit 1993 sind sie Reisimporteure, dieses Jahr werden ca. 2,2 Mio. metrische Tonnen Reis aus Vietnam, Thailand und den USA importiert.

Der Ökonom Rolando Dy sagte, die »so genannte Reiskrise sei in Wahrheit eine Einkommenskrise«. Der Reiskonsum wäre nur so hoch, da sich viele der Armen nicht mehr als Reis und Tomatensauce leisten könnten.

Das Forschungsinstitut IBON macht dafür vor allem die monopolistischen Strukturen der Zwischenhändler im Inland verantwortlich. Darüber hinaus gäbe es in den Abkommen der Welthandelsorganisation (WTO) zu wenig Spielraum, um die eigene Landwirtschaft zu fördern und aufzubauen. IBON fordert daher »eine wahre Landreform, die nicht nur eine freie Verteilung des Landes für Farmer/innen« vorsieht, sondern auch Weiterbildungsmaßnahmen und finanzielle Unterstützung.

vgl. Tagesschau 30.4.08, MT 4.4.08, PDI 2.4.08, 21.5.08, IBON

Keine Nieren für Ausländer

Das philippinische Gesundheitsministerium erklärte am 29. April 2008 ein Handelsverbot für Nieren. Dieses gilt in Zukunft vor allem für Ausländer/innen, die keine verwandtschaftlichen Beziehungen in den Philippinen besitzen.

Das Gesundheitsministerium reagierte damit auf den zunehmenden Schwarzmarkthandel mit Organen. Vor allem Filipinos aus den unteren Schichten und Gefängnisinsassen »spenden« ihre Organe für geringe Bargelddbeträge an vermögende Ausländer/innen.

Der *Philippine Daily Inquirer* berichtete, dass es im März 2008 allein in einem einzigen Kranken-

haus in der Provinz Quezon 107 Nierenspendern/innen gab. Von diesen 107 »Spender/innen« hatten 99 ihre Nieren aus finanziellen Gründen verkauft. Eine Niere kostet auf dem Schwarzmarkt geschätzte 112.000 Peso (ca. 1.650 Euro), das entspricht dem dreißigfachen des monatlichen Einkommens eines durchschnittlichen Haushalts. Das Geld wird von den »Spender/innen« häufig sehr schnell verausgabt. Die gesundheitlichen Schädigungen aufgrund einer schlechten Nachbehandlung der Operationswunden bleiben.

vgl. PDI 11.04.08, 29.04.08

Weniger Land für China

Die Philippinen sind von den Vereinbarungen eines Vertrages mit China, der dem ostasiatischen Land 1,2 Millionen Hektar Land für Hybridreis und -mais, sowie Agrotreibstoffe verspricht, zurückgetreten. »Im Zuge der Reiskrise«, so Abraham Mitra, Vorsitzender des Landwirtschaftskomitees des Kongresses, »benötigen wir das ganze vorhandene Land, sei es privat oder öffentlich, zur Nahrungsmittelproduktion.« Von den Verträgen würde einseitig China profitieren, so Risa Hontiveros von der Parteiliste *Akbayan*, da die Produkte, die auf den 1,2 Millionen Hektar Land angebaut werden würden, einzig für den Export nach China gedacht seien. Darüber hinaus fragte der Abgeordnete der Parteiliste *Bayan Muna*, Teodoro Casino, woher dieses Land genommen werden solle. Weiterhin kritisierte er die unklaren Formulierungen in den Verträgen mit China.

vgl. Phil.Star 30.4.08

Stromkonzern Meralco vor Übernahme?

Die hohen Strompreise haben den philippinischen Anbieter *Meralco*, der mehrheitlich zum Lopez-Konzern gehört, in die Kritik gebracht. Der Kongress untersucht die hohen Preise. Winston Garcia, Präsident der *Government Service Insurance System* (GSIS), bezeichnet das ineffiziente Management, die »aufgeblähte Bürokratie« und den Hang von *Meralco*, Stromressourcen von unabhängigen Produzenten, die ebenfalls der Lopez-Familie gehören, zu beziehen, als Gründe für die erhöhten Preise. Gerüchte zu Folge hat das staatliche GSIS Interesse, die Anteile der Lopez-Familie an *Meralco* zu übernehmen, was Garcia aber bestritt.

ABS-CBN 13.05.2008